

**ANFRAGE**

der Bundesräte Wiesenegg  
und GenossInnen  
an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen  
betreffend Strahlenschutzverordnung

Für die im ländlichen Raum praktizierenden Ärzte stellt die Strahlenschutzverordnung vom 1.1.2005 ein durchaus nachvollziehbares Problem dar.

Zudem berührt die Vorgabe dieser Verordnung im wesentlichen auch die rasche und sofortige medizinische Akutversorgung der ländlichen Bevölkerung

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen nachstehende

**Anfrage:**

1. Teilen Sie die Bedenken der Österreichischen Ärztekammer bezüglich Schließung von Röntgenanlagen laut Schreiben der Ärztekammer vom 15.5.2006?
2. Kann aus Ihrer Sicht, der Auffassung der ländlichen Allgemeinmediziner hinsichtlich einer neuen Fristsetzung Folge geleistet werden, um damit die weitere Nah- und Akutversorgung für die ländliche Bevölkerung zu gewährleisten?

*Herr Bundesrat Dr. Peter Wiesenegg*  
*Ministerium für Gesundheit und Sicherheit*  
*Wiesenegg*

DVR 0636746